

Entschließung

Die Bundesregierung wird ersucht, sich umgehend für die Einladung der zuständigen UN-Sonderberichterstatter (z.B. Sonderberichterstatter über Folter und andere grausame und unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe; Sonderberichterstatter über die Förderung und den Schutz der Meinungsfreiheit und des Rechts der freien Meinungsäußerung; Sonderberichterstatter über außergerichtliche summarische oder willkürliche Hinrichtungen, etc.) zur Aufklärung der im Iran stattfindenden Scheinprozesse und Folter an Protestanhängern auf bilateraler Ebene, auf europäischer Ebene und im Rahmen der Vereinten Nationen einzusetzen.